

## Adam Stegerwald – reichstreuer Franke, bayerischer Preuße

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Regierungspräsident, sehr geehrte Frau Möller-Stegerwald, lieber Herr Keller, etc. etc., meine sehr geehrten Damen und Herren!

Haben Sie herzlichen Dank für die ehrende Einladung, in die Ausstellung einzuführen, mit der Greußenheim an seinen großen Sohn Adam Stegerwald erinnern möchte. Ich bin sehr gerne gekommen – zunächst weil ich mich in Franken immer sehr wohl fühle, vor allem aber natürlich, weil es mir ein Anliegen ist, dass „unser“ Stegerwald nicht in Vergessenheit gerät. Und das ist ja – wenn man sich unseren geschichtsvergessenen Politikbetrieb ansieht – nicht ganz unrealistisch. Umso schöner finde ich es, wenn man sich gerade in Greußenheim dieses bedeutenden Gewerkschafters und Politikers besinnt und sein Vermächtnis pflegt. Seien Sie beruhigt: Ich werde kein Grundsatzreferat über das vielschichtige Leben Stegerwalds halten – dafür ist heute nicht der Anlass und dafür fehlt auch die Zeit. Ich möchte heute ein paar Worte über den Franken Stegerwald verlieren und der Frage nachgehen, inwiefern Leben und Werk dieses Franken heute noch wirksam sind.

Wenn man sich heute mit Stegerwald beschäftigt, dann begegnen einem ein paar Etiketten immer wieder: kampferprobter christlicher Arbeiterführer, resoluter Verteidiger des Sozialstaates, begnadeter Netzwerker, Vordenker der sozialen Marktwirtschaft, Vater des Unionsgedankens. Oft wird ihm auch das Schild des „reichstreuen Franken“ umgehängt, also eines Vertreters jener in Franken gar nicht seltenen Spezies, die den legendären altbayerischen Partikularismus aus tiefer Überzeugung ablehnt, ja vielmehr über den engen regionalen Rahmen hinausdenkt und sich im Zweifel eher einem übergeordneten deutschen Gemeinwesen verpflichtet fühlt als irgendwelchen bajuwarisch begründeten Sonderwegen.

Mit diesem Etikett haben Stegerwald bereits seine Zeitgenossen versehen, wenn sie darauf hinwiesen, dass es gar nicht so selbstverständlich ist, dass ein kleiner Bauernsohn und gelernter Schreiner aus der fränkischen Provinz – denn das war Greußenheim, als er am 14. Dezember 1874 hier geboren wurde – eine derart glänzende Karriere machte. Eine Karriere, die Stegerwald an die Spitze der Christlichen Arbeiterbewegung führte und von dort aus in höchste staatliche Ämter im Deutschen Reich und in Preußen, bis 1933 die Nazis seinem Wirken ein vorübergehendes, aber umso abrupteres Ende bereiteten.

Am deutlichsten findet man das in einer Kurzbiographie des Berliner Publizisten Peter Weber von 1932 – also aus jener Zeit, in der Reichsarbeitsminister Stegerwald versuchte, angesichts von Wirtschaftskrise, Massenarbeitslosigkeit und extremer politischer Radikalisierung wenigstens einen bescheidenen Rest des Sozialstaats zu erhalten. An den Anfang des Textes stellte Weber den Abschnitt „*Der Mann aus Franken*“, in dem es wörtlich heißt: „*Auf den Hängen des Steigerwalds und in ganz Franken sitzt ein Bauernvolk eigener Art. Im Maintal wächst der köstliche und starke Wein, das Land ist fruchtbar; auf den Hängen und Höhen ist die Arbeit schwer und der Ertrag mäßig, das Leben hart. Das bestimmt den Charakter des Franken: hartschädelig, zäh und doch lebensfroh, temperamentvoll; verschlossen und doch*

*geistig beweglich und unruhig.“ Dann schildert Weber die Flexibilität und Mobilität der Franken als tapfere Kreuzritter, Kolonisatoren des deutschen Ostens, ja als „Pioniere“ bei der Besiedelung Amerikas und der Eroberung Indiens. Von da aus schlägt er dann den Bogen zum gebürtigen Greußenheimer: „Stegerwald ist Geist vom Geiste dieser Franken: hart, zäh, beweglich, temperamentvoll, wagemutig, weitblickend. Und wie viele vor ihm ist er aus dem kleinen Dorf in die Weite hinausgewandert. Nicht ins Ungewisse, sondern nachdem er etwas gelernt, als Schreiner Geselle. Und dann hat er die Augen aufgemacht, hat gelernt und nochmals gelernt. Immer den festen Boden unter den Füßen, den ihm sein Instinkt, sein Handwerk, seine Erfahrungen, sein Wissen und seine religiösen Grundsätze gaben. (...) So wuchs Stegerwald langsam aus dem Boden sachlicher Arbeit, starker Energie und drängenden Gestaltungswillens, den Blick immer auf das Ganze und Große gerichtet, zum Führer und zum Staatsmann.“*

Aber welche Rolle spielte die Herkunft aus Franken unabhängig von solchen Zuschreibungen für Stegerwald selbst? Nüchtern betrachtet muss man zugeben: keine allzu große. Natürlich hat er immer wieder auf seine fränkischen Wurzeln Bezug genommen – am deutlichsten in seiner Autobiographie von 1924. Mehr als um seine regionalen Wurzeln ging es ihm hier aber darum zu zeigen, dass man aus kleinsten Verhältnissen kommen kann und einem trotzdem der Weg bis in die Staatsspitze nicht versperrt sein muss, wenn man nur unablässig an sich arbeitet. Auf diesem Hintergrund ist zu verstehen, wenn er seine entbehrungsreiche Jugend auf dem elterlichen Bauernhof schildert, seine Zeit als Klassenprimus in der Volksschule – darauf war er sein Leben lang stolz –, die harten Bedingungen während der Schreinerlehre in Hochberg und Zell – immer das Ziel vor Augen, etwas aus sich zu machen.

Und tatsächlich lesen sich die Stationen seiner Laufbahn beeindruckend: 1899 Vorsitzender des Christlichen Holzarbeiterverbands in München, 1903 bis 1929 Generalsekretär des Gesamtverbands der Christlichen Gewerkschaften, 1919 bis 1929 Generalsekretär des christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes, beides in Köln bzw. Berlin, von 1919 bis 1933 Mitglied des Reichstages für die Deutsche Zentrumspartei, 1919/20 Abgeordneter im Preußischen Landtag, 1919 bis 1921 Preußischer Volkswohlfahrtsminister, 1921 Preußischer Ministerpräsident, 1929/30 Reichsverkehrsminister, 1930 bis 1932 Reichsarbeitsminister, um nur die wichtigsten Etappen zu nennen, und parallel dazu nach 1919 in wechselnden Spitzenfunktionen in der Deutschen Zentrumspartei, der er seit 1896 angehörte.

Eines fiel schon seinen Zeitgenossen ganz besonders auf: Er, der gebürtige Franke und Bayer, seit 1907 naturalisierter Preuße, gab sich oft preußischer als die Preußen selbst. Kaum eine Ehrung hat Stegerwald höher geschätzt als seine Berufung in das Preußische Herrenhaus im Jahr 1917, mit der König Wilhelm den Einsatz des „loyalen und königstreuen“ preußischen Untertanen Adam Stegerwald würdigte.

Von den Franken hatte Stegerwald zweifellos eine hohe Meinung, sonst hätte er ja nicht so viele Landsleute in wichtige Positionen in den Gewerkschaften und in der Zentrumspartei gebracht. Und verleugnen konnte er seine Herkunft ohnehin nicht, wie man an den wenigen

Originaltönen von ihm hört, die sich erhalten haben. Hören wir uns einen Abschnitt daraus an, in dem er sich 1931/32 zur Sozialpolitik äußerte.

### O-TON 1

*„Meine Damen und Herren, die Gegenwart leidet unter einer Massenarmut, für deren Druck es keine Messzahl gibt, deren Umfang keine Grenze findet und deren Dauer noch im Dunkel liegt. Sechs Millionen Volksgenossen suchen Arbeit und finden sie nicht. Mit ihnen darben Millionen von Frauen und Kindern, sie sind mit ihren Vätern und Männern den Strapazen eines Winterfeldzuges ausgesetzt. Der allgemeine Niedergang der Wirtschaft hat das Recht auf Arbeit unwirksam gemacht. Den Anspruch auf die Erhaltung des Lebens kann aber keine Gemeinschaft außer Kraft setzen, wenn sie sich nicht selbst aufgeben will. Aber nicht nur das tägliche Brot allein bildet den Gegenstand der Sorge. Dazu kommt noch seelische Not, die bittere Vorstellung, dass das Unbefriedigende der Gegenwart nicht die Folge schlechter Ernten ist, und die Angst, dass zähe Arbeit und treuer Dienst nicht mehr den natürlichen Lohn finden. In steigender Progression wird der Arbeitslose von der Verzagtheit zur Hoffnungslosigkeit gedrängt, von der Hoffnungslosigkeit zur Verzweiflung, von der Verzweiflung zum Hass und offenen Kampf gegen Leben und Eigentum. Im Herbst vorigen Jahres begann ein Kreuzzug der Liebe und Hilfe, um die Not zu lindern und den Lebensmut zu stärken. Der demagogischen Erziehung zum Hass hat der Aufruf zur werktätigen Hilfe ein überlegenes Paroli geboten. Hass brennt, Liebe wärmt. Hass zehrt, Liebe nährt. Der Hass mag äußerlich binden wie zäher Leim, aber nur die werktätige Liebe schafft den Lebensgrund für eine Gemeinschaft, die dem Schicksal gewachsen ist. Teilnahme an dem Kreuzzug ist soziale Pflicht, welche die Volksgemeinschaft allen auferlegt, die noch geben können.“*

Für mich als Niederbayern hört sich das schon recht fränkisch an.

Zu einem ausgesprochen fränkischen Politiker wurde Stegerwald erst in seinen letzten Lebensmonaten. Im März 1944 musste der 70-Jährige das zerbombte Berlin verlassen und kehrte mit seiner Frau Kreszenz nach Greußenheim zurück, von wo er genau 50 Jahre zuvor, 1894, fortgezogen war. Hier nahm er zwar am Dorfleben teil, trat aber nicht weiter in Erscheinung. Ein Schock für ihn war, als er am 24. August 1944 bei der pauschalen Verhaftungsaktion „Gewitter“ gegen frühere Politiker der Weimarer Republik inhaftiert wurde. Da ihm allerdings keine Beteiligung am Attentat auf Hitler vom 20. Juli, ja nicht einmal eine Mitwisserschaft nachzuweisen war, wurde er am 19. Oktober wieder aus der Haft entlassen und konnte nach Greußenheim zurückkehren.

Dort machten ihn am 22. April 1945 Vertreter der US-Armee ausfindig, die vom ehemaligen Reichskanzler Brüning, einem früheren persönlichen Referenten Stegerwalds, in dessen Exil in den Vereinigten Staaten den Tipp bekommen hatten, Stegerwald wäre ein geeigneter Kandidat für die Übernahme von Funktionen beim Wiederaufbau Deutschlands. Als „nationalbewusster Deutscher“ wollte Stegerwald allerdings noch die Kapitulation des Reiches abwarten, und außerdem wollte er als erfahrener Verwaltungsmann zunächst genau ausloten, was ihn denn erwartete. Und so dauerte es noch bis zum 18. Mai, bis Stegerwald sein Amt als Regierungspräsident von Mainfranken im schwer zerstörten Würzburg antrat, wohin er gleich zog. Dass sich der Zugereiste in mehreren Interviews den Franken erst einmal vorstellen musste, zeigt, dass er hier doch mittlerweile nicht mehr heimisch war.

Es war aber typisch für Stegerwald, dass er seine neue Aufgabe mit vollem Elan anging. Wer ihn erlebte, mochte kaum glauben, dass er mittlerweile fast 71 Jahre alt war. Innerhalb kurzer Zeit gelang es ihm, wichtige Akzente beim Wiederaufbau zu setzen. Erwähnen muss man die Gründung der Lehrerbildungsanstalt im Juli 1945, die demokratisch orientierte Reform der Polizei, die Wiederherstellung der Verkehrsinfrastruktur und nicht zuletzt die Sicherung der Stromversorgung. Hoch angerechnet wurde ihm auch sein Einsatz für den Verbleib der Universität in Würzburg, die möglicherweise nach Bamberg verlegt werden sollte. Nicht von ungefähr sprach die „Main-Post“ in einer ihrer ersten Ausgaben davon, dass Mainfranken unter Stegerwald zum „Musterbezirk“ geworden sei.

Man muss allerdings auch erwähnen, dass Stegerwald sein Amt in Würzburg als Zwischenetappe verstand. Sein Ehrgeiz ging weit über Franken hinaus. So rechnete er im Herbst 1945 fest damit und er setzte alles daran, dass er über kurz oder lang dem heftig umstrittenen Fritz Schäffer als bayerischer Ministerpräsident nachfolgen würde, nachdem ihm die US-Militäradministration entsprechende Andeutungen gemacht hatte. Und sogar damit gab sich Stegerwald nicht zufrieden. Er war felsenfest davon überzeugt, dass für das Amt des Kanzlers einer deutschen Zentralregierung kaum jemand anderer in Frage kommen konnte als er selber. Inwieweit das alles realistisch war, lässt sich heute nicht zweifelsfrei sagen. Fest steht jedoch: 1. gehörte er tatsächlich zum Kreis derer, denen die Alliierten höhere Aufgaben zutrauten, wie sie dann später Konrad Adenauer übertragen wurden. 2. war es für ihn außer Frage, dass sein künftiger Wirkungskreis nicht auf Mainfranken beschränkt bleiben würde.

Umso schmerzlicher war es dann natürlich für ihn, dass er bei der Ablösung Fritz Schäffers Ende September 1945 nicht zum Zuge kam und an dessen Stelle Wilhelm Hoegner von der SPD trat, weil die US-Behörden die Sozialdemokraten in die Verantwortung einbeziehen wollten. Das fand Stegerwald sogar gut. Aber er sah in seinem Scheitern vor allem einen Beleg dafür, dass er bei den Einheimischen mittlerweile als „verpreußter Bayer“ galt, der nicht mehr so recht nach Süddeutschland passte. Auch dass er in seinem – laut Hoegner – „Herzogtum Unterfranken“ eine zwar erfolgreiche, aber weitgehend eigenständige Politik betrieb, stieß in der Münchner Regierung keineswegs auf Gegenliebe. Bezeichnenderweise zog Stegerwald nun den Schluss, über kurz oder lang Mainfranken und überhaupt Bayern den Rücken zu kehren und vom Rheinland aus an der staatlichen Neugestaltung Deutschlands mitzuwirken. Soweit kam es – wie wir alle wissen – nicht mehr, da er am 3. Dezember 1945 in Würzburg starb, wo er in einem Ehrengrab der Stadt beigesetzt wurde. Ob er aber seine Ziele hätte verwirklichen können, ist natürlich offen – nicht zuletzt, weil er in den letzten Lebenstagen mit der für ihn nicht ganz angenehmen, aber meiner Meinung nach ungefährlichen Frage nach seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus öffentlich konfrontiert wurde. Aber das wäre ein eigenes Thema.

Meine Damen und Herren! Viel wichtiger ist freilich, was von Stegerwalds politischem Erbe noch heute bleibt, über 60 Jahre nach seinem Tod. Lassen Sie mich drei Punkte herausgreifen, zu denen er in seinen letzten Lebensmonaten von Mainfranken aus noch Wesentliches beigetragen hat: Das sind 1. sein Einsatz für starke Gewerkschaften, 2. sein Beitrag zur Sozia-

len Marktwirtschaft und 3. seine Mitwirkung an der Gründung von CSU und CDU als starken Volksparteien.

Wie wir wissen, war die deutsche Arbeiterbewegung vor 1933 weltanschaulich gespalten. Da gab es die stark mit der SPD verflochtenen, republikanischen, atheistischen und klassenkämpferischen „Freien Gewerkschaften“, dann die „Christlichen Gewerkschaften“ und schließlich die liberalen, wirtschaftsfreundlichen „Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine“. In den Christlichen Gewerkschaften wurde Stegerwald innerhalb kürzester Zeit zur bestimmenden Figur – als Schreiner in München ab 1894 bei der Sammlung der christlichen Arbeiter, 1899 bei der Gründung der Christlichen Gewerkschaften in Mainz und als Vorsitzender des Christlichen Holzarbeiterverbands. Nach seiner Wahl zum Generalsekretär 1903 war er es hauptsächlich, der dafür sorgte, dass die Christlichen Gewerkschaften eine mächtige Arbeiterorganisation waren mit staatspolitischem Anspruch über die Tarif- und Sozialpolitik hinaus. 1903 umfasste der Gesamtverband gut 91.000 Arbeiter, 1920 über 1,1 Millionen, 1931 immerhin noch 578.000. Durchgehend gehörten rund 12 Prozent der organisierten Arbeiter in Deutschland den Christlichen Gewerkschaften an. Weil die Dominanz der Freien Gewerkschaften aber erdrückend war, suchte Stegerwald den Schulterschluss mit anderen nichtsozialistischen Arbeiterorganisationen. Das war auch der Grundgedanke des christlich-nationalen „Deutschen Gewerkschaftsbundes“ DGB, den Stegerwald 1918/19 zusammen mit einer ganzen Reihe von Angestellten- und Beamtenorganisationen ins Leben rief, und dem er bis 1933 vorstand.

Die Christlichen Gewerkschaften und der DGB definierten sich in erster Linie über ihre Gegnerschaft zur SPD und zu den Freien Gewerkschaften. Und dennoch: Dass es prinzipiell richtig gewesen wäre, alle Arbeiter in einer Einheitsgewerkschaft zusammenzufassen, stand für Stegerwald von jeher außer Frage - nur sah er dazu keine realistische Möglichkeit, solange die Freien Gewerkschaften eng mit der SPD verflochten waren. In der Praxis jedoch arbeiteten die Freien und die Christlichen Gewerkschaften immer wieder zusammen, vor allem wenn es um die Verbesserung der materiellen Lebensumstände der Arbeiter und ihre rechtliche Gleichstellung im Staat ging, nicht um Weltanschauung.

Greifbare Formen nahm der Gedanke der Einheitsgewerkschaft erst unter dem Druck der Machtergreifung Hitlers am 30. Januar 1933 an. Und so gehörte Stegerwald am 28. April 1933 zu den Unterzeichnern der Vereinbarung über die Bildung eines „Führerkreises der vereinigten Gewerkschaften“, in dem die Verantwortlichen der Richtungsgewerkschaften die Arbeiterschaft insgesamt zusammenschließen wollten, was das Ende der Gewerkschaften wenige Wochen später natürlich nicht verhindern konnte. Der „Führerkreis“ war aber auch für Stegerwald nach dem Ende der Hitler-Diktatur im Mai 1945 die Messlatte, die er nicht unterschreiten wollte. Im Herbst 1945 sprach er sich in einer Stellungnahme für die US-Behörden für einen „*einheitlichen Block*“ der Gewerkschaften aus, und er stellt ganz klar fest: *„Den Gewerkschaften soll, ähnlich wie der Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer und der Landwirtschaftskammer, der Charakter von Körperschaften des öffentlichen Rechtes verliehen werden, weil sonst zu befürchten steht, daß die deutschen Gewerkschaften*

*im Hinblick auf ihre Vergangenheit wieder zu Tummelplätzen politischer und weltanschaulicher Fragen gebraucht werden.“*

Von daher steht für mich fest, dass Stegerwald die Entscheidung für die Einheitsgewerkschaften, wie wir sie heute haben, nicht nur als Prinzip für richtig gehalten hätte – wenn auch unter der Voraussetzung, dass die Minderheitenrechte der christlichen Arbeiter durch entsprechende Statuten strikt gewahrt und die Gewerkschaften auch tatsächlich parteipolitisch neutral bleiben mussten. Dass dies im 1949 gegründeten DGB der Bundesrepublik mit seiner häufigen Parteinahme für die SPD nicht durchweg der Fall war, ist natürlich eine andere Frage.

Stegerwalds Erbe ist noch heute lebendig in der Sozialen Marktwirtschaft als einer auf Freiheit, Eigenverantwortung und Privateigentum gegründeten, aber durch die staatliche Sozialpolitik modifizierten Wirtschaftsverfassung – ein Konzept, das natürlich in erster Linie mit Ludwig Erhard und Konrad Adenauer verbunden ist, das in seinen Grundzügen aber schon lange vor Gründung der Bundesrepublik auch von Stegerwald propagiert wurde.

Stegerwalds Ideal war – im Gefolge der christlich-sozialen Richtung eines Adolf Kolping, Wilhelm Emmanuel von Ketteler und Papst Leo XIII. – zeitlebens der Ausgleich von Kapitalismus und Sozialismus durch eine eng miteinander verzahnte Wirtschafts- und Sozialpolitik. Dabei stellte Stegerwald freilich nicht in erster Linie auf die materielle Seite ab. Ein angemessenes Lohnniveau und die materiellen Leistungen des Sozialstaates waren für ihn kein Wert an sich, sondern die Voraussetzung, um allen Bürgern politisch-gesellschaftliche Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Er war überzeugt: Nur wer über eine gewisse wirtschaftliche Unabhängigkeit verfügt, kann auch ein politisch selbst bestimmtes Leben führen. Ihm schwebte dabei das vor, was man später mit dem Slogan „Wohlstand für alle“ und dem Begriff der „Mittelstandsgesellschaft“ mit einer breiten Einkommens- und Vermögensstreuung umschrieb – über Jahre hinweg Erfolgsfaktoren der Bundesrepublik. Das hatte Stegerwald gemeint, als er am 5. Februar 1927 im Reichstag namens der Zentrumsfraktion sagte: *„Meine politischen Freunde wollen keinen gesellschaftspolitischen Zustand wie in England und Amerika, in denen es nur Großwirtschaft und Proletariat gibt, wir wünschen vielmehr einen Zustand, der es ermöglicht, daß möglichst viele von unten in die Mittelschicht hineinwachsen können. Wir streben auf eine Entproletarisierung der Arbeiter hin und können daher keine Proletarisierung des Mittelstandes wollen.“*

Ganz im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft und im Einklang mit dem Subsidiaritätsprinzip und der Gemeinwohlorientierung der katholischen Soziallehre wies Stegerwald die Hauptrolle bei der Gestaltung der Wirtschaft den Tarifparteien zu. Der Staat sollte nicht alles bis ins letzte Detail regeln, was er auch 1932 in besagtem Rundfunkinterview andeutete. Hören wir uns noch einen kurzen Abschnitt an.

## **O-Ton 2**

*„Hilfe ist mehr als eine Beschäftigung oder Unterhaltung müßiger Seelen, sie ist ernster Dienst an der Volksgemeinschaft. Im Vordergrund steht die gegenseitige Hilfe in der Familie, in der Nachbarschaft,*

*in den Berufsvereinen, in den Religionsgemeinschaften, die Beteiligung an der organisierten vertrauenswürdigen Sammlung. Die Kraft der Menschenliebe ist unerschöpflich. In der urchristlichen Gemeinde sagte keiner von seinen Gütern, dass sie sein wären, es war ihnen alles gemeinsam. Das bedeutet nicht Gütergemeinschaft und nicht Kommunismus, das heißt vielmehr, die Mitglieder der Gemeinde waren unter sich von einem unbegrenzten Opferwillen. Die Gegenwart darf sich von der Vergangenheit nicht übertreffen lassen. Wer helfen kann, muss helfen.“*

Der Staat sollte er erst dann eingreifen, wenn ein Ausgleich zwischen den Tarifparteien nicht möglich war, dann aber resolut, keineswegs als bloßer Nachtwächterstaat. Überhaupt sah Stegerwald den Staat immer da in der Pflicht, wo der Einzelne nicht aus eigener Kraft in der Lage war, sich um seine ureigenen Dinge zu kümmern. Dies war in seinen Augen zudem die wichtigste Begründung für die staatliche Sozialversicherung. Auch sie sollte letztlich gesellschaftliche Teilhabe garantieren, gerade auch dem Arbeitslosen, dem Kranken, dem Invaliden.

Stegerwald gelang es wie kaum einem anderen, der Sozialpolitik in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts seinen Stempel aufzudrücken, sei es bei der Mitbestimmung in den Großbetrieben bereits 1916 oder bei der Anerkennung der Gewerkschaften als legitime Vertreter der Arbeiter und bei der Einführung des Achtstundentags 1918. Weitere Reformen, die die Handschrift Stegerwalds trugen, waren die Garantie eines sozial gebundenen Privateigentums in der Weimarer Reichsverfassung von 1919, das Betriebsrätegesetz von 1920, die Arbeitslosenversicherung von 1927 und nicht zuletzt der soziale Wohnungsbau. Dass es Stegerwald als Arbeitsminister während der Weltwirtschaftskrise 1930 bis 1932 nicht gelang, den Abbau vieler sozialer Errungenschaften, um die er selbst gekämpft hatte, zu verhindern, war für ihn ein Trauma.

Als Stegerwald 1945 Regierungspräsident von Mainfranken wurde, äußerte er sich auch zum sozialen und wirtschaftlichen Wiederaufbau. Nunmehr waren für ihn – wie für viele andere in der späteren Union – die Sozialisierung von Grundstoffindustrien, Banken, Versicherungen und privatwirtschaftlichen Monopolunternehmen sowie die Enteignung der Großgrundbesitzer als „Hort der politischen Reaktion“ kein Tabu. Zumindest sollten diese unter öffentliche Kontrolle gestellt werden, „um das Staatsleben vor illegitimen Einmischungen und vor Missbrauch wirtschaftlicher Machtzusammenballung“ zu schützen. Auch hier klingt wieder sein Grundthema an, dass wirtschaftliche Macht nie die alleinige Grundlage für politische Macht sein dürfe – Gedanken, die das machterteilende Prinzip der Sozialen Marktwirtschaft vorwegnehmen. Wichtiger als die Sozialisierungsfrage bewertete Stegerwald 1945 jedoch – und hier war er ganz nah an der Sozialen Marktwirtschaft – den Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, die dann 1951/52 in die Montanmitbestimmung und das Betriebsverfassungsgesetz mündete. Unerfüllt auf breiter Ebene freilich blieb sein Gedanke, die Partizipation der Arbeiter in der Wirtschaft über Mitarbeiteraktien zu verwirklichen, was er schon weit vor dem Ersten Weltkrieg gefordert hatte.

Ich glaube, man kann Franz Josef Strauß rundweg zustimmen, der 1985 bei einer Gedenkveranstaltung zu Stegerwalds 40. Todestag in Würzburg gesagt hat: „Für Stegerwald [...] wä-

re es ohne Zweifel die Erfüllung eines in seinem ganzen Leben verfolgten politischen Ziels gewesen, wenn er die Entscheidung zugunsten der Sozialen Marktwirtschaft noch hätte erleben können.“

Was Stegerwald noch selbst erleben durfte, war schließlich die Umsetzung seines „Essener Programms“ von 1920, in dem er zur Gründung einer interkonfessionellen christlich-sozialen und demokratischen Volkspartei aufrief, wie sie nach 1945 in CSU und CDU verwirklicht wurde. Dies war überhaupt das Leitmotiv in Stegerwalds Leben. Er forderte die Zusammenfassung aller christlichen, antisozialistischen Kräfte in einer solchen Partei schon um 1900, erste konkrete, aber vergebliche Initiativen startete er 1915/1916 und dann wieder unmittelbar nach der Revolution vom November 1918. Auf dem Kongress der Christlichen Gewerkschaften im November 1920 präsentierte er dann ein ausgereiftes Sanierungsprogramm für die Weimarer Republik, in dessen Mittelpunkt die Schaffung jener Volkspartei unter der Losung: „deutsch, christlich, demokratisch, sozial“ stehen sollte. Das „Essener Programm“ hatte einen legendären Ruf. Und doch gelang es Stegerwald nicht, es in die Tat umzusetzen, vor allem, weil die politische Lage dafür viel zu instabil war und viele seiner Kollegen sich vor einer Politisierung ihrer Gewerkschaften fürchteten. Nicht zuletzt war auch Stegerwald selbst dafür verantwortlich, weil er sich nicht für den definitiven Wechsel in die Politik entscheiden mochte. Als Ideal hielt er am „Essener Programm“ aber bis über die Machtergreifung Hitlers 1933 hinaus fest. Denn er war davon überzeugt, dass Hitler nie an die Macht gekommen wäre, wäre durch die von ihm gewollte starke bürgerliche Volkspartei rechtzeitig Schluss gewesen mit der Parteienzersplitterung der Weimarer Republik. Eine Meinung, die nach 1933 sogar viele frühere Gegner des Essener Programms teilten.

Und so sah Stegerwald im Mai 1945 seine wichtigste Aufgabe darin, endlich das „Essener Programm“ umzusetzen. Einen Gesinnungsgenossen lernte er am 8. Juli 1945 in Rothenburg ob der Tauber kennen: den Münchner Rechtsanwalt Josef Müller, den „Ochsensepp“. Beide waren sich einig, dass die Partei auf christlichem Fundament stehen, aber konfessionell-religiös ungebunden und frei von klerikaler Einflussnahme sein sollte. Genauso wichtig war ihnen, dass sie als Volkspartei „mit starker sozialer Grundhaltung“ allen Schichten offen stehen sollte – all das in klarer Abgrenzung zur früheren Zentrums- und zur Bayerischen Volkspartei. Während Müller das Feld in Altbayern bereitete, kümmerte sich Stegerwald nun um die Verhältnisse in Franken.

Würzburg wurde so zu einem Vorreiter bei der Gründung der Union: Am 21. August sprach Stegerwald im Stadthaus erstmals über die neue Partei, vier Tage später konstituierte sich in seiner Wohnung ein Arbeitsausschuss, am 11. September ging bei der Militärregierung der Antrag auf Zulassung der „Christian Social Union“ ein, im Volksmund besser bekannt als „Stegerwald-Partei“, am 13. Oktober wurde im Elisabethenheim schließlich die CSU für Würzburg Stadt und Land aus der Taufe gehoben. Bald folgten Orts- und Kreisverbände außerhalb Würzburgs – zum Beispiel in Aschaffenburg durch die früheren christlichen Gewerkschafter Karl Greib und Hugo Karpf, Prälat Max Rössler und den von Stegerwald eingesetzten Landrat Hanns Seidel.



Den CSU-Vorsitz in Würzburg übernahm Stegerwald bewusst nicht selber. Er sah seine Aufgabe darin, die Voraussetzungen für eine spätere Fusion der örtlichen und regionalen Gruppierungen in ganz Deutschland zu schaffen. Einen bayerischen Sonderweg, wie es ihn in der Weimarer Republik in Form der BVP gab, wollte er möglichst vermeiden. Zu sämtlichen Gründerkreisen der Union nahm Stegerwald Kontakte auf, vor allem über ehemalige christliche Gewerkschafter wie Johannes Albers im Rheinland, Jakob Kaiser in Berlin, Josef Ersing in Württemberg und Anton Gilsing in Bochum. Besonders intensiv war sein Austausch mit dem Gründerkreis in Köln, wohin ihm im Oktober 1945 sogar eine Reise gelang. Auf der Rückfahrt organisierte er am 23. Oktober in der Nähe von Heidelberg eine erste überzonale Konferenz von Vertretern der verschiedenen Gründerzirkel, die dann am 27. und 28. Oktober noch einmal in Würzburg zusammenkamen. Die nächsten Schritte zur Gründung der Union erlebte Stegerwald freilich nicht mehr. So fehlte seine Stimme beim ersten „Reichstreffen“ der entstehenden CDU Mitte Dezember 1945 in Bad Godesberg, und auch die konstituierende Sitzung der CSU als Landesorganisation in München am 8. Januar 1946 musste ohne ihn stattfinden. Ob es Stegerwald gelungen wäre, die beiden Unionsparteien in einer gemeinsamen Organisation zusammenzuführen, was ja sein Ideal gewesen war, muss offen bleiben. Aber CDU und CSU zählen Stegerwald gleichermaßen zu ihren Gründervätern – und daran tun sie gut.

Meine Damen und Herren, ich hoffe, es ist deutlich geworden, warum ich überzeugt bin, dass das Erbe Stegerwalds auch heute noch lebendig und wirksam ist. 1985 sagte der damalige Bundeskanzler Helmut Kohl bei der schon erwähnten Gedenkfeier zum 40. Todestag Stegerwalds: *„Stegerwalds Verdienste um die Idee der christlichen Demokratie sind sein Vermächtnis an unsere Generation. Er zählt zu den Initiatoren eines tiefgreifenden Wandels im Parteiensystem, dem wir die Stabilität unseres Gemeinwesens Jahrzehnte hindurch verdanken, ja das uns inzwischen schon zur Selbstverständlichkeit geworden ist.“*

Die Parteienlandschaft hat sich seitdem stark verändert, sie ist fragiler geworden, und das nicht erst seit dem Auftreten der Piraten-Partei. Wenn man nun der Meinung ist dass die früher selbstverständliche Stabilität der Volksparteien eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg der Bundesrepublik war und ist, dann erscheint es mir ein wesentlicher Auftrag Stegerwalds heute, über die Bedingungen für diese Stabilität wieder verstärkt nachzudenken, unabhängig davon, ob man nun CDU und CSU verbunden ist oder nicht. Und das sollten, glaube ich, nicht nur die Parteien und die politischen Stiftungen, sondern überhaupt alle, die sich für Politik interessieren. Ich finde es deshalb überaus verdienstvoll, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dass Sie mit der Ausstellung an Stegerwald erinnern wollen und damit implizit auch einen Beitrag zu diesem Nachdenken leisten. Und so wünsche ich der Gemeinde Greußenheim nicht nur ein weiterhin gelingendes Festwochenende, Sie haben ja diese Tage viel vor sich, Herr Bürgermeister, sondern überhaupt viel Erfolg und Gottes Segen, vor allem aber der Ausstellung die zahlreichen Besucher, die sie verdient!

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!